

Um-Frage

## Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“: Wohnungsbau bleibt Stiefkind und beschert der Bundesregierung für 2013 viele „offene Baustellen“

Viele „offene Baustellen“ beim Wohnungsbau in Deutschland hat der Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“, Ronald Rast, kritisiert. Die Bundespolitik habe ihre „wohnungsbaupolitischen Hausaufgaben“ im Jahr 2012 nicht erledigt, so die Bilanz von Rast. Als Beispiel nannte er die energetische Gebäudesanierung. „Hier treten wir auf der Stelle. Für die Energiewende und die Klimaschutzziele hat es keinen entscheidenden Schritt nach vorne geben. Das Hickhack zwischen Bund und Ländern und das anschließende Scheitern beim Steuerbonus für die energetische Gebäudesanierung ist ein bau- und energiepolitisches Armutszeugnis“, so Rast. Dadurch fehlten Hausbesitzern jetzt dringend notwendige Anreize für Energiespar-Sanierungen.



Dr. Ronald Rast; Foto: Petra Berger

Bilanz von Ronald Rast. Er ist seit 2005 Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. Der Aktion gehören mehr als 30 Verbände der Bau- und Immobilienbranche an, darunter auch IG BAU und Deutscher Mieterbund. „Der Wohnungsbau ist ‚Stiefkind‘ der Bundesregierung“, sagt Dr. Ronald Rast. Er ist seit 2005 Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. Der Aktion gehören mehr als 30 Verbände der Bau- und Immobilienbranche an, darunter auch IG BAU und Deutscher Mieterbund.

Zwar habe die Bundesregierung noch im Dezember 300 Millionen Euro Fördergelder für 2013 in Aussicht gestellt. Ursprünglich habe sie allerdings 600 Millionen Euro für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung bereitstellen wollen. „Das ist nicht mehr als ein ‚Plan B‘. Das ist eine halbe und damit halberzige Lösung. Wer die Energiespar-Sanierung bei Wohngebäuden voranbringen will, der muss deutlich stärkere Anreize setzen“, so Ronald Rast. Die ursprünglich vorgesehenen 600 Millionen Euro werden, so Rast, für den Wohnungsbau dringend benötigt. 500 Millionen davon seien notwendig, um das bestehende KfW-Förderprogramm für die energetische Gebäudesanierung aufzustocken. Verbände der Bau- und Immobilienbranche fordern seit langem, den KfW-Förder-Etat von derzeit anderthalb auf 2 Milliarden Euro heraufzusetzen. Darüber hinaus seien 100 Millionen Euro erforderlich, um das altersgerechte Bauen und Sanieren über die KfW-Förderung wieder anzukurbeln. Diese hatte die Bundesregierung in 2012 auf Null gesetzt. „Die Wohnungsbaupolitik ist in eine gewaltige Schiefelage geraten. Leider. Aber die Bundesregierung betrachtet den Wohnungsbau noch immer als ‚politisches Stiefkind‘“, so die

Das ist nicht mehr als ein Plan B

Linda Bidner